

**Berlin gegen die Treibereien im Zweckverband.**

Wie im Abendblatt mitgeteilt, war der Verbandsauschuß gestern zusammengetreten, um über die zur Unzeit aufgeworfene Frage der „Straßenbahntarifreform“ und den dahinter stehenden Plan auf Uebernahme der Straßenbahn durch den Zweckverband zu verhandeln. Diese Sitzung war einberufen worden, weil eine Anzahl von Mitgliedern sich mit dem bisher eingeschlagenen Verfahren in der Angelegenheit der Großen Berliner Straßenbahn nicht abzufinden vermochte. Nach Abschluß der Verhandlungen des Ausschusses veröffentlichten die Berliner Mitglieder, unterstützt von den Vertretern Neuköllns und Lichtenbergs im Verbandsauschuß und der Verbandsversammlung, folgende

**Erklärung:**

In aller Stille und im engsten Kreise werden seit einigen Monaten Verhandlungen gepflogen, welche für die Gemeinden Groß-Berlins einschneidende Bedeutung zu erlangen bestimmt sind. Ausgehend von Anträgen der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft, welche inzwischen erledigt sind, hat der Verbandsauschuß Groß-Berlin es für geeignet gehalten, eine bedeutende Tarifierhöhung auch für die anderen Verkehrsanstalten in den Kreis der Erwägungen zu ziehen. Dann aber hat eine Denkschrift des Verbandsdirektors den Beratungen einer Kommission und einer Unterkommission des Verbandsauschusses die Richtung auf den Erwerb der Großen Berliner Straßenbahn durch den Zweckverband gegeben. So kann binnen kürzester Frist das Hauptorgan Groß-Berlins, die Verbandsversammlung, unvermittelt vor die Entscheidung gestellt sein, zu einer Ausgabe von weit mehr als hundert Millionen Mark Ja oder Nein sagen zu müssen.

Ein solches Verfahren in jetziger Zeit läuft in gleicher Weise den Interessen der Groß-Berliner Gemeinden wie den Anforderungen der Kriegswirtschaft zuwider. Wenn der Erwerb eines so gewaltigen Unternehmens erwogen werden soll, so müßte ein klarer Ueberblick über alle den Wert der Verkehrsanstalt bestimmenden Verhältnisse möglich sein. Statt dessen finden sich diese Verhältnisse jetzt mitten im Kriege in der denkbar größten Unklarheit. Niemand kann übersehen, welche Entwicklung die Straßenbahn in der neuen Friedenswirtschaft nehmen, ob sie nicht hinter anderen Verkehrsmitteln zurückbleiben wird. Völlig ungeklärt ist auch die Frage, wie hoch die Belastung des Unternehmens mit Abgaben und Leistungen einzuschätzen ist, eine Frage, welche die Wertbemessung entscheidend beeinflusst. Es wäre in keiner Weise zu rechtfertigen, wollte man alle diese Zweifel beiseitestellen und eine hohe Summe festlegen, nur um möglichst schnell zu einem Abschluß zu gelangen. Zudem aber — und das fällt zurzeit schwer in die Waage — würde eine derartige Aufwendung den Kredit Groß-Berlins in einer Weise belasten, die mit den Ansprüchen der kommunalen Kriegsfürsorge unvereinbar wäre und die Leistungsfähigkeit der Gemeinden für Kriegszwecke auf das empfindlichste lähmen müßte.

Erwerb und Tarifierhöhung sind hier unlöslich miteinander verbunden. Unfehlbar würde die Bemessung des Erwerbspreises unter dem Drucke der Erwartung stehen, die Einnahme durch höhere Tarife verbessern zu können. So treibt der Erwerb unmittelbar zur Tarifierhöhung, während die öffentliche Meinung mit allem Nachdruck fordert, daß während des Krieges jeder Schritt unterbleibt, der eine nicht zwingend begründete neue Belastung der minderbemittelten Kreise herbeiführen muß.

Die Grundsätze der Selbstverwaltung fordern es, daß ein Vorhaben von dieser ungeheuren Tragweite nicht, wie gesehen, betrieben wird, bevor dasjenige Organ Stellung genommen hat, das nach seinem Wesen und nach der Absicht des Zweckverbandes den wichtigeren Schritten des Verbandes die Richtlinie geben soll, d. h. die Verbandsversammlung. In erster Reihe verlangen wir, daß die ganze Angelegenheit bis zum Ende des Krieges vertagt wird, weil sie schweren und kraftmindernden Streit hervorrufen würde, während das ganze Sinnen und Denken der Gemeinden jetzt der Kriegsfürsorge gewidmet sein muß.

Anderenfalls halten die Unterzeichneten es für geboten, daß die Verbandsversammlung über den Gegenstand in Erwägung tritt und ihn durch Einsetzung einer Kommission ihrerseits in die Hand nimmt.

\*

Der Verbandsauschuß selbst beschloß, die Frage der Erhöhung der Tarife für die Große Berliner Straßenbahn zu vertagen, bis der Bericht des zur Vorberatung dieser Frage gewählten Unterausschusses dem Verbandsauschuß vorliegt.